



Information der betroffenen Personen (Lieferanten, externe Dienstleister, usw.) bei Direkterhebung (Art. 13 DS-GVO)

Verantwortlicher:

Volkssolidarität Dresden gGmbH, Altgorbitzer Ring 58, 01169 Dresden (Deutschland)
0351/50 100, info@volkssoli-dresden.de, www.volkssoli-dresden.de

Gesetzlicher Vertreter:

Die Geschäftsleitung

Datenschutzbeauftragter:

DataOrga® GmbH; E-Mail: datenschutz@volkssoli-dresden.de

Angaben zur Verarbeitungstätigkeit:

Zwecke der Verarbeitungstätigkeit:

Verarbeitung personenbezogener Kontakt- und Bankdaten für die Organisation und Durchführung von Einkauf und Beschaffung.

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit:

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags oder einer vorvertraglichen Maßnahme gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DS-GVO erforderlich.

Kategorien von Empfängern:

Interne Mitarbeiter, die mit dem Einkauf beauftragt sind.

Auftragsverarbeiter i.S.d. Art. 4 i.V.m. Art. 28 DS-GVO.

Unternehmensfamilie der Volkssolidarität Dresden, siehe Art. 13 Information

Datenübermittlung im Unternehmensverbund

Datentransfer in ein Drittland:

Es liegt keine geplante Übermittlung in Drittstaaten vor.

Zusätzliche Informationspflichten:

Speicherdauer der personenbezogenen Daten:

Löschung nach 10 Jahren. Aufbewahrungsfrist gem. § 147 AO für steuerlich relevante Unterlagen.

Rechte der betroffenen Person:

Sie haben ein Recht auf Auskunft (gem. Art. 15 DS-GVO) seitens des Verantwortlichen über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO) und auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 Abs. 1 DS-GVO). Des Weiteren haben Sie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO).

Möchten Sie von Ihren Rechten Gebrauch machen, wenden Sie sich bitte an den oben genannten Datenschutzbeauftragten.

Beschwerderecht:

Sie haben ein Recht auf Beschwerde, bei der zuständigen Aufsichtsbehörde.

Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten über die betroffene Person ist teilweise gesetzlich oder vertraglich vorgeschrieben.

Folgen der Nichtbereitstellung:

Keine Durchführung von Einkauf und Beschaffung möglich

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Es erfolgt keine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling.